

Berlin, 16.04.2019

AöW WPSEU 056/2019

Allgemeine Antwort zu den Forderungen der Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft e.V. (AöW) für die Europawahl 2019

Die SPD will, dass alle Bürgerinnen und Bürger gleichberechtigten und räumlich nahen Zugang zu qualitativ hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen haben. Dazu zählen wir insbesondere den Zugang zu Wasser und bezahlbarem Wohnraum. Wir wenden uns dagegen, dass privatwirtschaftliche Konzerne in ganzen Regionen den Zugang zu sauberem Trinkwasser kommerzialisieren. Dazu müssen die EU- Vergaberegeln neu gewichtet werden. Stärker berücksichtigt werden sollen unter anderem Tariftreue sowie die Einhaltung der Arbeitnehmer*innenrechte. Die Möglichkeit interkommunaler Zusammenarbeit und Inhouse-Vergaben müssen grundsätzlich aus dem Wettbewerb herausgehalten, und Rekommunalisierungen sollen vereinfacht werden. Für uns kann die Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur, dazu zählt auch die Wasserversorgung und -entsorgung, nicht dem Markt überlassen werden. Zudem lehnen wir die Liberalisierung weiterer Dienstleistungsmärkte und das damit verbundene Absenken von Beschäftigtenschutz- und Qualitätsstandards ab.

Das Vorsorgeprinzip ist für uns handlungsleitend. Für die SPD ist der Zugang zu sauberem Wasser ein unveräußerliches Menschenrecht und zudem entscheidend für fruchtbare und gesunde Böden, eine vielfältige Tier- und Pflanzenwelt sowie gesunde Lebensmittel. In der letzten Legislaturperiode hat sich die SPD erfolgreich dafür eingesetzt, dass öffentliche Formen der Wasserversorgung durch Stadtwerke oder kommunale Zweckverbände aus dem Anwendungsbereich der Konzessionsrichtlinie explizit herausgenommen werden. Für die SPD ist die öffentliche Wasserversorgung keine Dienstleistung wie jede andere. Daher werden wir auch in der kommenden Legislaturperiode das hohe Gut Wasser vor Liberalisierungsdruck schützen.